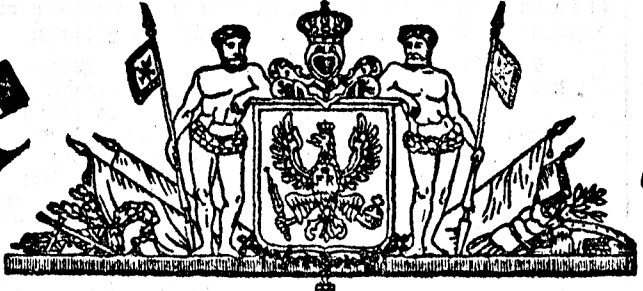


Wolffsche



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabellen.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Regierung für Vermögensabgaben.

Umfassende Steuerpläne.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke ungeheure Kosten auferlegt. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich stärker als bisher heranzuziehen. Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuern muß die Grundlage des neuen Steuerwesens bilden und ungekürzt in Angriff genommen werden.

In diesem Zweck hat der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes folgendes beschlossen:

Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form

1. einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch die durch Gesetz vom 28. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt, und die Erhebung der Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das 5. Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegsteuerzolllage in Höhe von 80 v. H. des Mehrgewinnes — gegenüber bisher 60 v. H. — vorgeschrieben worden ist;
2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung dergestalt erfasst werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfang wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angerechnet.

II.

Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigt, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familienstand, Alter und Erwerbsfähigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Geschäftstag abgestellt werden; um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Unzulänglichkeiten auszugleichen, insbesondere auch das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Verpfändsteuer erfolgen.

III.

Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichs-Einkommensteuer mit wacker geführter Progression mindestens für diese Einkommensteuersätze eingeführt wird.

IV.

Die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträge des Kapitals (Zinsen, Dividenden, Hypothekenzinsen usw.), eine Betriebsertragssteuer, die einen gewissen Mindestbeitrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

V.

Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Einkommen und Etagen ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabesatzes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage des Erben berücksichtigt werden.

VI.

Eine besondere Abgabenordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanziell besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu beschaffende Steuerverwaltung zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zu I (Einziehung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt; ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung:
Ebert. Scheidemann.
Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes.
Säffler.

Das Schreckensregiment in Posen.

Drahtmeldung der Wolffschen Zeitung.

* Breslau, 30. Dezember.

Ein Augenzeuge, der mit dem letzten Zuge gestern abend aus Posen geflüchtet ist, berichtet über die Vorgänge in Posen nach folgender Einzelheit: Die Zeitungen erscheinen mit Ausnahme der „Posener Neuesten Nachrichten“ nicht mehr. Auch dieses Blatt steht unter polnischer Kontrolle. Der Redakteur des „Posener Tagblattes“, Gängel, ist verhaftet worden; auch der Präsident der Anstaltungscommission, Gans, und der Direktor des größten Posener Gasthofbetriebes, des Hotels zur Stadt Rom, sind verhaftet worden; Lehrer angeklagt, weil vom Dach des Hotels mit Maschinengewehren geschossen worden sein soll.

Es finden dauernd Hausdurchsuchungen statt, auch des Nachts, und die Leute werden einfach aus den Betten geholt. Solche Hausdurchsuchungen fanden vor allem in den Bankinstituten statt, wo Bücher, Wertgegenstände und dergleichen einfach geraubt wurden. Einem Kaufmann, bei dem eine solche Hausdurchsuchung nach Waffen stattfand, wurde ein kostbarer Schmuck gestohlen. Als der Besitzer sich bei dem von den Polen besetzten Polizeipräsidenten beschwerte, langweilte die Patrouille seine Angaben und er wurde wegen Verleumdung auf dem Waisenplatz standrechtlich erschossen. Alle 10 Minuten etwa dringen neue Patrouillen in die Wohnungen der Deutschen ein und durchwühlen alles nach Waffen. Sie entfernen alle spitzen Gegenstände, sogar Brieföffner, Stabeln usw.

Viele Forderungen sind vom Lande in die Stadt gezogen und geben sich hier als Patrouillen aus. Sie nehmen nicht nur die Waffen fort, sondern entziehen den Bewohnern ihre Portemonnaies, Sparkassenbücher usw. In verschiedenen Häusern wurden Deutsche erschossen, weil behauptet wurde, daß aus den Fenstern geschossen worden sei. Infolgedessen müssen die Fenster geschlossen bleiben. Die Soldaten, welche Patrouillendienste verrichten, gehören meist der Jugendmehr an und sind mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet. Wenn ihre Aufforderungen, die in polnischer Sprache an die Straßepassanten gerichtet werden, nicht verstanden werden, so helfen sie mit den Gewehrkolben nach.

Die Offiziere in den Kasernen, die sich zur Wehr setzten, wurden standrechtlich erschossen. Die Polen haben über alle als Polenfeinde verdächtigen Personen deutscher und auch polnischer Nationalität, Industrielle und Geschäftsleute, eine schwarze Liste aufgestellt. In den letzten Tagen vor Ausbruch der Unruhen sind aus Schlesiens bereits gut bewaffnete polnische Elemente, die von den kommenden Vorgängen unterrichtet wurden, nach Posen abgegangen.

Schneidemühl, 30. Dezember.

Die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Breschen, Miłosław und Schroda haben den Anschluß an das Königreich Polen offiziell vollzogen.

Ueber die Vorgänge in Stadt und Provinz Posen fehlen, wie uns mitgeteilt wird, seit gestern mittag nunmehr auch im Ministrium des Innern in Berlin jegliche Nachrichten. Der preussische Minister Ernst Weill seit zwei Tagen in Posen. Auch mit ihm ist seit dieser Stunde keine Verbindung mehr möglich gewesen. Man erwartet den Minister heute früh wieder in Berlin.

Allgemeine Mobilmachung in Polen?

Meldung der Telegraphen-Union.

Bern, 30. Dezember.

Wie die „Morning Post“ aus Bern berichtet, soll die polnische Regierung in Warschau die Generalmobilisierung für ganz Polen angeordnet haben.

Bolschewismus oder Frieden.

Die Gegenwart Kade's zeigt, daß die Begründung der kommunistischen Partei, die geschehen erfolgt ist, nicht eine Angelegenheit der inneren deutschen Politik ist, sondern ein internationales Ereignis darstellt. Wir müssen uns von dem Gedanken freimachen, die Bolschewisten für gefährliche, aber unklare Schwärmer zu halten. Die Leute in Moskau treiben Politik ganz großen Stiles, selbsttätige Machtpolitik, die ihre Mittel und Ziele aufs genaueste den wirklichen Verhältnissen anpaßt. Die Errichtung der kommunistischen Partei stellt einen wohlüberlegten und bedeutenden Schachzug dar in dem großen Kampf zwischen Washington und Moskau. Kade hat offen ausgesprochen, daß die Diktatoren Rußlands die Hoffnung haben, aus Deutschland neue Kräfte für ihren Krieg gegen die Entente zu rekrutieren. Sie haben zwar in der letzten Zeit wiederholt Friedensangebote nach Washington und London gerichtet, aber sie rechnen selbst nicht darauf, daß die Entente ihre Gewalt Herrschaft über Rußland anerkennt werde. Und da sie entschlossen sind, diese Gewalt Herrschaft, die sie durch Massenerschießungen, durch Entleerungen und die rücksichtslose Anwendung der Hungerterror gegen jede Auslieferung von innen gesichert haben, unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, so suchen sie um jeden Preis zu verhindern, daß Deutschland zum inneren und damit zum äußeren Frieden gelangt, weil damit ihre Entleerung vollendet wird.

Es kann gar nicht deutlich genug ausgesprochen werden und sollte täglich aufs neue jedem einzelnen Volksgenossen klar gemacht werden, daß es sich bei dem Vorgehen der Bolschewisten und ihrer deutschen Spielart, der kommunistischen Partei, ganz und gar nicht um innere Fragen handelt. Die Sozialisierung und der Kampf gegen die Nationalversammlung sind ihnen nur Mittel zu dem Zweck, Deutschland in die Bundesgenossenschaft und damit unter die Vormachtigkeit der Moskauer Regierung zu zwingen. In der Gewöhnung an Gewalttätigkeiten, Unordnung, wilde Streiks, in der Vernichtung wirtschaftlicher Werte, in dem ganzen Wahnsinn, der zum Bürgerkrieg treibt, liegt Methode, messerscharfe, eiskalte Methode. Das Pathos, mit dem die Organe der Kommunisten über die Blutopfer der Regierung klagen, und die Art, wie sie Trauerfeiern zu neuen Feyerzeiten gestalten, sind geschickt auf das deutsche Gemüt berechnet. Es mag auch sein, daß ein Mann wie Liebknecht das Blutvergießen verabscheut. Aber er ist in dem Augenblick einflusslos, wo sich sein Idealismus mit dem Machtwillen der russischen Machthaber kreuzt. Das trat bereits in der geistigen Stadtmittagsstimmung hervor, wo er mit seiner Auffassung über die Frage der Nationalversammlung gegenüber der noch radikalsten Tonart in der Minderheit blieb. Für Moskau bedeutet Berlin nichts als einen Vorposten im Krieg mit der Entente. Gerat Berlin unter die Herrschaft der Kommunisten — und Moskau wird alles tun, um dieses Ziel zu erreichen —, so ist der Friede, den das deutsche Volk ersehnt, zerrissen. Das bedeutet den Einmarsch der Entente, den Trost und Kade vor allem aus strategischen Gründen wünschen, weil sie hoffen, dadurch den Angriff der Entente auf ihr Machtzentrum zu verzögern und eine neue „Atempause“ zu gewinnen.

Daß dabei unsagbares Elend über Deutschland käme, rührt diese Leute keinen Augenblick. Für sie sind Länder und Völker Rohstoff. Sie spielen in der Art eines Lamerlan mit dem Schicksal von Generationen. Ihnen ist nicht Rußland heilig und noch weniger das Weinen deutscher Mütter. Sie kennen nur ihr Machtprinzip, das sie, wie alle Gewaltmenschen, ideologisch verkleiden, und sie betrachten die ganze Erde als ihr Betätigungsfeld. Sie haben früher schon ausgesprochen, daß sie sogar damit rechnen, aus Rußland verdrängt zu werden. Und auch für diesen Fall scheint es ihnen nützlich, ein neues Betätigungsfeld für alle Eventualitäten vorzubereiten. Deshalb gibt es für sie nur eine Parole: Deutschland, ihre Ausfallsporte gegen Westen, das Tor für ihre Propaganda im übrigen Europa, darf unter keinen Umständen zum Frieden gelangen, weil damit die Absperrung Moskaus auch für ihre Methoden undurchdringlich würde.

Die Begründung der kommunistischen Partei ist für das deutsche Volk ein Alarmzeichen, das zu überhören, den Untergang bedeuten würde. Man sage nicht, der gesunde Sinn der großen Massen biete Gewähr dafür, daß die russischen